



## NEWSLETTER MÄRZ

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde,

in mittlerweile neun Bundesländern regieren Bündnis 90/Die Grünen und zeigen wie eine andere Energie-, Umwelt-, Verkehrs- und Landwirtschaftspolitik geht. In wenigen Tagen – am 13. März – wird in drei Bundesländern gewählt. In Baden-Württemberg wollen die Grünen ihr Rekordergebnis von 2011 steigern, damit Winfried Kretschmann Ministerpräsident bleiben kann. In Rheinland-Pfalz kämpfen die Grünen für ein starkes Ergebnis, um weiter Grüne Politik in Regierungsverantwortung zu betreiben. Und in Sachsen-Anhalt wollen die Grünen erneut gestärkt in den Landtag einziehen und Regierungsverantwortung übernehmen.

Starke Wahlergebnisse in diesen Bundesländern können uns viel Rückendeckung für die Bundestagswahl 2017 geben, damit wir auch hier auf Bundesebene wieder Regierungsverantwortung übernehmen können. Unser gerade verabschiedetes Stromkonzept „Auf in die Grüne Stromwelt“ zeigt etwa, welche Maßnahmen wir ergreifen wollen, um 100% Erneuerbare zu erreichen. Das Aussitzen von CDU/CSU und SPD beim größten Skandal der deutschen Automobilbranche offenbart, dass nur mit Aufklärung und Transparenz wirkliche Konsequenzen gezogen werden können, die helfen, die viel zu hohen Stickoxid-Belastungen in unseren Städten zu reduzieren, aber auch die Automobilindustrie vor sich selber zu schützen. Vor allem aber muss der Abgasskandal endlich ein Weckruf für Bundesregierung und Industrie sein, auf die klimaschonendere Elektromobilität zu setzen. Doch anstatt, dass Bundesverkehrsminister Dobrindt endlich auf eine zukunftsweisende Verkehrspolitik setzt, baut er weiter auf eine rückwärtsgewandte Betonpolitik. Er verharrt im Jetzt und erweist der Branche damit einen Bärendienst. Die Entwürfe seines Bundesverkehrswegeplans zeigen, dass er weiter zu stark auf Neubau statt auf Erhalt setzt. Damit wird nicht nur die bestehende Infrastruktur weiter zerbröseln, sondern auch wertvoller Lebensraum für Mensch und Natur wird durch unnötigen Neubau zerstört.

Aber lesen Sie am besten selbst mehr über diese und weitere spannende Themen in meinem neuen Newsletter!

Mit herzlichen Grüßen  
Ihr/euer  
Oliver Krischer

*Energie/Umwelt*

**Grüne legen Vorschlag für den Weg hin zu 100% Erneuerbare vor**  
**Atomkommission: Stand der Verhandlungen**  
**Endlagerkommission: Mehr Bürgerbeteiligung bei der Standortsuche**  
**Möglichkeit der Einwendungen gegen Atommüll-Exporte in die USA**  
**Studie: Grenznahe AKW Cattenom stellt Gefahr dar**  
**Der deutsche Wintertourismus im (Klima-)Wandel**  
**Wertstoffgesetz: Hendricks muss nacharbeiten**  
**Obsoleszenz: Geräte könnten länger halten**  
**Auswertung Fachgespräch: Was bringt Nord Stream 2?**  
**Bundestagsrede zum Gesetzentwurf „Digitalisierung der Energiewende“**

#### *Agrar/ Ernährung*

**Endlich: TTIP Leseraum für Abgeordnete**  
**Pflanzengift Glyphosat in allen untersuchten Biersorten gefunden: EU-Kommission muss Neuzulassung stoppen**  
**Pflanzengift Glyphosat: Endlich amtliche Muttermilch-Tests**

#### *Verkehr/ Bauen/ Wohnen*

**Regionalkonferenzen zum Bundesverkehrswegeplan**  
**Auswertung Fachgespräch Abgasskandal: Zwischenbilanz Dieseldgate**  
**Bundestagsrede: Aktuelle Stunde zum Abgasskandal**

#### *Energie/Umwelt*

**Grüne legen Vorschlag für den Weg hin zu 100% Erneuerbare vor**  
Während die Bundesregierung am Ausschreibungsdesign für die Windenergie herumdoktert und den Ausbau der Erneuerbaren Energien weiter zu deckeln versucht, präsentieren wir unseren eigenen Grünen Vorschlag für die Energieversorgung der Zukunft: Unser [Autorenpapier „Auf in die Grüne Stromwelt!“](#) skizziert die nächsten Haltestellen auf der Fahrt in die 100% erneuerbare Stromversorgung und erläutert, wie wir uns die Energielandschaft der Zukunft vorstellen. Im Sinne des Klima-, Natur und Umweltschutzes sind Nachhaltigkeit, Sauberkeit, Sicherheit und Flexibilität im Energiemix der Zukunft die entscheidenden Schlüsselwörter. Unsere grünen Forderungen sind klar: „Raus aus Atom und Kohle!“, „Die Energiewende in Bürgerhand!“, „Das System flexibilisieren!“ und „Die Effizienzrevolution beginnen!“ Nähere Infos finden sich [HIER](#).

#### **Atomkommission: Stand der Verhandlungen**

Über den energiepolitischen Irrweg Atomkraft wird derzeit in der Atomkommission verhandelt. Dabei kommt es darauf an, die Atomindustrie in die Pflicht zu nehmen, um für Endlagerung und Rückbau Verantwortung zu übernehmen. Es darf nicht sein, dass sich die Atomkonzerne - die jahrzehntelange üppige Gewinne mit ihren AKWs eingefahren haben - nun ihrer Verantwortung entziehen und die Steuerzahler für den Rückbau und Endlagerung aufkommen sollen. Weitere Infos zum aktuellen Stand der Atomkommission finden sich [HIER](#).

#### **Endlagerkommission: Mehr Bürgerbeteiligung bei der Standortsuche**

In ihrer 22. Sitzung befasste sich die Endlagerkommission mit dem Konzept für die Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Standortsuche. Die Arbeitsgruppe (AG1), die sich mit diesem Thema befasst, hatte einen ersten Entwurf zur Beratung vorgelegt. Die Kommissionsmitglieder waren sich einig, dass eine neue Qualität der Öffentlichkeitsbeteiligung nötig ist, um die betroffenen Regionen schon frühzeitig mit einzubinden. Mehr zum Inhalt des Entwurfs, dem weiteren Zeitplan der Kommission und weiterführende Links gibt es [HIER](#).

### **Möglichkeit der Einwendungen gegen Atommüll-Exporte in die USA**

Die Bundesregierung will weiter den Jülicher Atommüll in die USA exportieren. Dort soll der Atommüll dann aufgearbeitet und wieder verwendet werden. Das widerspricht dem Geist des Atomausstiegs, ist auch in der Sache unverantwortlich und auch gesetzeswidrig. In den USA läuft z. Zt. die Umweltverträglichkeitsprüfung für den Jülicher Atommüllexport. Ich habe dazu meine [Stellungnahme](#) an das *US Department of Energy* geschickt. Ich schließe mich damit dem Bündnis gegen Castor-Exporte sowie vielen anderen Gruppen an, die Sammeleinwendungen gegen diese hochriskanten, illegalen und sinnlosen Castor-Exporte verfasst haben. Auf diese Weise möchte ich meine Solidarität mit den US-Atomkraftgegnern ausdrücken. Mehr Infos dazu und die Möglichkeit selbst zu unterschreiben finden sich [HIER](#).

### **Studie: Grenznahe AKW Cattenom stellt Gefahr dar**

Ein neues Gutachten der Grünen Bundestagsfraktion zeigt, wie gefährlich das französische Atomkraftwerk Cattenom nahe der deutschen Grenze ist – ähnlich wie die belgischen Schrottreaktoren Tihange und Doel, deren Weiterbetrieb seit Monate heftige Proteste bis hin zu Klagen der Städteregion Aachen hervorruft. Stünde Cattenom auf deutscher Seite der Grenze, müsste es nach dem Prinzip Gefahr in Verzug sofort stillgelegt werden. Die Studie zeigt außerdem: Cattenom erfüllt wichtige Anforderungen nicht. So gibt es Defizite bei sicherheitstechnischen Einrichtungen zur Wärmeabfuhr sowie der Notstromversorgung. Laut Professor Mertins kann für das AKW Cattenom sowohl hinsichtlich Erdbeben als auch Überflutung keine ausreichende Widerstandsfähigkeit bestätigt werden: Wichtige sicherheitsrelevante Einrichtungen sind nicht für seismische Einwirkungen qualifiziert, würden also ausfallen. Der Schutz gegen Einwirkungen aus einem Flugzeugabsturz ist zum Beispiel in Bezug auf die Lagerung abgebrannter Brennelemente im Vergleich zu deutschen Anlagen geringer ausgeführt. Weitere Infos und die Studie finden sich [HIER](#).

### **Der deutsche Wintertourismus im (Klima-)Wandel**

Die Durchschnittstemperaturen in Deutschland, besonders im Winter, steigen. Wir haben das in diesem Winter wieder zu spüren bekommen – kein oder kaum Schnee weit und breit. Für Wintersport musste man schon deutlich höhere Lagen aufsuchen, als die Mittelgebirge zu bieten haben. Doch statt daraus Konsequenzen für die Entwicklung des Wintertourismus zu ziehen, setzen die Bundesregierung sowie einige Landesregierungen weiterhin auf die Förderung von Beschneiungs- und Skiliftanlagen mit immensen Kosten für die Steuerzahler. Wegschauen ist aber keine Option mehr. Weitere Infos finden sich [HIER](#).

### **Wertstoffgesetz: Hendricks muss nacharbeiten**

Der bisher vorliegende Gesetzesvorschlag von Bundesumweltministerin Hendricks hat keine Chance auf Umsetzung. Das hat die gerade im Bundesrat verabschiedete Entschließung zum Wertstoffgesetz gezeigt. Zum Glück, denn Hendricks' Entwurf hätte die schon heute schlecht funktionierenden und teuren Dualen Systeme nur noch weiter aufgebläht. Eine weitere Privatisierung der Abfallentsorgung, welche auch die letzten werthaltigen Müllbestandteile aus der Restmülltonne den Privaten überlassen hätte, ist damit hoffentlich vom Tisch. Das darf auch nicht sein, denn das würde steigende Kosten für die Bürger\*innen bedeuten. Die Bundesumweltministerin sollte nun die Vorschläge des Bundesrates aufnehmen und endlich einen Gesetzentwurf vorlegen, der ökologische Weiterentwicklung mit guter Entsorgung im Sinne der Verbraucher\*innen verbindet. Wie wir mehr Wettbewerb ins System und neuen Schwung für weniger Verpackungen bekommen wollen, steht [HIER](#).

### **Obsoleszenz: Geräte könnten länger halten**

Viele Hersteller planen, dass ihre Produkte nur eine geringe Lebensdauer haben und dann weggeworfen und neu gekauft werden müssen. Ein anschauliches Beispiel sind nicht austauschbare Handy-Akkus. Solche „geplante Obsoleszenz“ widerspricht allen Konzepten von Nachhaltigkeit und tritt Umwelt- und Verbraucherschutz mit Füßen. Eine [Studie des Umweltbundesamtes](#) zum geplanten Verschleiß zeigt, dass viele Produkte eine immer kürzere Lebensdauer haben. Sie zeigt auch, dass ein Drittel der Befragten mit der Lebensdauer der Geräte unzufrieden waren. Wir fordern darum eine längere Lebensdauer und bessere Reparierbarkeit von Produkten. Die Bundesregierung hat im vergangenen Jahr aber eine wichtige Gelegenheit zur gesetzlichen Verankerung verstreichen lassen, als sie das Elektrogesetz novellierte. Unseren Grünen Plan für längere Lebensdauer von Geräten und weitere Infos finden sich [HIER](#).

### **Auswertung Fachgespräch: Was bringt Nord Stream 2?**

„Chancen, Risiken und Nebenwirkungen: Was bringt Nord Stream 2?“, unter dieser Fragestellung luden die grüne Bundestagsfraktion und die Europagruppe am 22. Februar zum Fachgespräch mit über einhundert Gästen. Der russische Staatskonzern Gazprom plant den Ausbau der Nord Stream Pipeline durch die Ostsee. Damit sollen Pipelines – etwa durch die Ukraine - mittelfristig überflüssig werden. Deutschland würde sich damit vom autokratischen Russland abhängiger machen. Im Zuge der Debatte mit den geladenen Referenten wurde klar: Echte Importunabhängigkeit gibt es nur, wenn man den Gasverbrauch durch Einsparungen und Erneuerbare Energien verringert. Aus dieser Sicht ist die Planung der Nord Stream 2 Leitung eine Wette von Investoren auf ein Versagen der EU in Sachen Klimaschutz. Alle Informationen zum Fachgespräch gibt es [HIER](#).

### **Bundestagsrede zum Gesetzentwurf „Digitalisierung der Energiewende“**

Die Bundesregierung hat bei ihrem Entwurf für ein „Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende“ die Energiewende völlig aus den Augen verloren. Das Gesetz sieht vor, dass ab 2017 intelligente Stromzähler mit einer automatischen, digitalen Datenübertragung auch in Privathaushalten Realität werden sollen. Wir Grüne sagen ganz klar: Eine Zwangsbeglückung mit intelligenten Messsystemen darf es in Privathaushalten nicht geben. Richtig ist, dass wir in Zukunft mehr Flexibilität im Energiesystem brauchen. Digitale Technologien wie intelligente Netze („Smart Grids“) oder intelligente Messsysteme („Smart Meter“) können dabei einen wichtigen Beitrag leisten, aber nur, wenn man es richtig angeht und auch den Verbraucherschutz nicht aus den Augen verliert. Doch jeder Verbraucher muss frei entscheiden können, ob er die automatische minutengetreue Datenübertragung will oder nicht. Meine Rede zum „Digitalisierungsgesetz“ findet sich [HIER](#).

### *Agrar/ Ernährung*

#### **Endlich: TTIP Leseraum für Abgeordnete**

Das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) wird im Geheimen verhandelt. Dabei sind das Verhandlungsmandat und EU-Positionen zwar teilweise öffentlich, aber aktueller Verhandlungsstand, Verhandlungsangebote der USA und bereits mit den USA geeinigte Textteile sind nicht einsehbar. Wer im Interesse der Menschen verhandelt, braucht das Licht der Öffentlichkeit eigentlich nicht zu scheuen. Seit dem 1. Februar dürfen nun Abgeordnete den TTIP-Leseraum besuchen. Ein überfälliger Schritt nach über zwei Jahren der Kritik. Doch die angeblich „transparentesten Verhandlungen aller Zeiten“, wie die zuständige europäische Handelskommissarin Malmström sie gerne nennt, machen es der Öffentlichkeit immer noch unmöglich, die Verhandlungen angemessen zu verfolgen. Darum fordern wir: die Bundesregierung muss weiterhin auf die Kommission einwirken, möglichst zeitnah und umfassend über Verhandlungsergebnisse zu berichten, damit TTIP-Verhandlungen auch für

Bürgerinnen und Bürger, Initiativen und die interessierte Öffentlichkeit keine Black Box bleiben. Weitere Infos [HIER](#).

### **Pflanzengift Glyphosat in allen untersuchten Biersorten gefunden: EU-Kommission muss Neuzulassung stoppen**

Das weltweit meistverwendete Pestizid Glyphosat, welches unter dem Verdacht steht, Krebs zu verursachen, ist allgegenwärtig. Jetzt wurden in verschiedenen deutschen Biersorten Rückstände des Pflanzengifts gefunden. Die Große Koalition hat im Bundestag die Chance vertan, die angekündigte übereilte Glyphosat-Neuzulassung Anfang März in Brüssel aufzuhalten. Die Studienergebnisse und weitere Infos über die Studie zu Glyphosat in Bier findet sich [HIER](#).

### **Pflanzengift Glyphosat: Endlich amtliche Muttermilch-Tests**

Im Juni 2015 haben wir Muttermilch-Stichproben auf Glyphosat testen lassen und wurden fündig. Erst daraufhin wurde das Bundesinstitut für Risikobewertung aktiv und hat erstmals Testverfahren entwickelt. Auch wenn mit dieser Testmethode kein Glyphosat gefunden wurde, ist das Thema Glyphosat im Körper noch nicht vom Tisch. Denn Studien des Umweltbundesamtes zeigen, dass sich das Pestizid im Urin zahlreicher Menschen findet. Hier besteht noch erheblicher Untersuchungsbedarf. Weitere Infos zu Glyphosat [HIER](#).

*Verkehr/ Bauen/ Wohnen*

### **Regionalkonferenzen zum Bundesverkehrswegeplan**

Kurz vor Ostern will Bundesverkehrsminister Dobrindt mit langer Verspätung den Entwurf für den neuen Bundesverkehrswegeplan (BVWP) vorlegen. Dann muss die Bundesregierung genau nachweisen, welche Vorhaben gesamtwirtschaftlich sinnvoll und notwendig sind. Es ist zu erwarten, dass weiter falsche Prioritäten gesetzt werden und an längst überholten Großprojekten festgehalten wird. Neu ist, dass der Verkehrsminister die Öffentlichkeit anhören muss. Nun gilt es, die angekündigte Bürgerbeteiligung zu nutzen. Kurz nach Veröffentlichung wollen wir Grünen daher den BVWP-Entwurf auf Regionalkonferenzen im gesamten Bundesgebiet mit den Anwohner\*innen diskutieren und die Beteiligungsmöglichkeiten aufzeigen. Alle Termine (u.a. in Bonn am 9. April) finden sich [HIER](#).

### **Auswertung Fachgespräch Abgasskandal: Zwischenbilanz Dieseldgate**

Fünf Monate nach Bekanntwerden des Abgasskandals bleibt die Bundesregierung die Beantwortung drängender Fragen nach Ursachen und Konsequenzen beim größten Skandal der deutschen Automobilbranche immer noch schuldig und übt sich im Aussitzen. Das ist längst nicht nur unser Eindruck, sondern auch der der Teilnehmer\*innen unseres Fachgesprächs. Bezeichnendes Detail: Eckart von Klaeden (ehemals Staatssekretär im Bundeskanzleramt und heute Daimler AG) und Kay Lindemann von Verband der Automobilindustrie (VDA) hatten ihre Teilnahme kurzfristig aus terminlichen Gründen abgesagt. Staatssekretär Odenwald gab bei der Beantwortung der Fragen der Teilnehmenden genauso wenig Informationen preis, wie das Ministerium von Minister Dobrindt bei der Beantwortung von Anfragen der Fraktion. Das Video zur Konferenz und weitere Informationen gibt es [HIER](#).

### **Bundestagsrede: Aktuelle Stunde zum Abgasskandal**

Angesichts der nahezu flächendeckenden Grenzwertüberschreitungen bei Diesel-PKW und der hohen Schadstoffbelastungen der städtischen Luft ist den meisten klar: Beim Abgasskandal geht es längst nicht mehr nur um VW. In diesem Zuge wirken die von Bundesminister Dobrindt angekündigten, stichprobenartigen Dopingtests mehr als lächerlich. Meine Bundestagsrede zum Thema findet sich [HIER](#).